

Wesentliche umweltbezogene Stellungnahmen

Das Plangebiet war bereits Gegenstand der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligungen zum Bebauungsplan „Ringstraße Ost II“ beziehungsweise zur Ergänzungssatzung „Ringstraße Ost“. Die im Rahmen dieser Verfahren abgegebenen, für den Bebauungsplan „Ringstraße Ost III“ relevanten umweltbezogenen Stellungnahmen werden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB im Zuge der aktuellen Öffentlichkeitsbeteiligung offengelegt.

1.) Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Rahmen des Aufstellungsverfahrens der Ergänzungssatzung „Ringstraße Ost“

Behörde	Datum	Wesentliches Schutzgut
Landkreis Barnim	21.06.2022	Mensch (Einträge aus Landwirtschaft) Oberflächen- und Grundwasser
Landesamt für Umwelt	10.06.2022	Mensch (Immissionsschutz)

2.) Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens „Ringstraße Ost II“

Behörde	Datum	Wesentliches Schutzgut
Landkreis Barnim	11.01.2023	Fauna Mensch (Einträge aus Landwirtschaft)
Landesamt für Umwelt	18.01.2023	Mensch (Immissionsschutz)

Stellungnahmen aus der Beteiligung der
Träger öffentlicher Belange im Rahmen
des Aufstellungsverfahrens
Ergänzungssatzung „Ringstraße Ost“



**Landkreis
Barnim**

Paul-Wunderlich-Haus • Am Markt 1 • 16225 Eberswalde

W.O.W. Kommunalberatung und
Projektbegleitung GmbH
Louis-Braille-Straße 1
16321 Bernau bei Berlin

STELLUNGNAHME DES LANDKREISES BARNIM ALS TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

**Stadt Werneuchen, OT Krummensee
Ergänzungssatzung „Ringstraße Ost“
Entwurf
Anschreiben vom 16.05.2022**

Sehr geehrte Damen und Herren,
für die Beteiligung zum o.g. Vorhaben danken wir.

I Fachbehördliche Stellungnahme

**1 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund
fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung,
Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht
überwunden werden können (Einwendung,
Rechtsgrundlage, Möglichkeiten der Überwindung):**

1.1 Bauordnungs- und Planungsamt

keine

**2 Hinweise und Anregungen aus der eigenen
Zuständigkeit zu dem Vorhaben, gegliedert nach
Sachkomplexen:**

2.1 Bauordnungs- und Planungsamt, SG Planung

Ansprechpartnerin ist Frau Hieronimus, Tel. 03334 214-1707

Gemäß § 34 Abs. 5 S. 2 können in den Satzungen nach Absatz
4 Satz 2 und 3 einzelne Festsetzungen getroffen werden. Die
vorliegende Ergänzungssatzung enthält jedoch derartig viele

Der Landrat

**Bauordnungs- und
Planungsamt**

Paul-Wunderlich-Haus
Am Markt 1
16225 Eberswalde

Besucheradresse:
Eisenbahnstraße 37
16225 Eberswalde
Bearbeiter/-in Julia Hieronimus
Raum 102.3
Telefon 03334 214 1707
Telefax 03334 214 2707
1707@kvbarnim.de

21. Juni 2022

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
70214-2022-07

Sprechzeiten der Kreisverwaltung
Dienstag 9 bis 18 Uhr
Montag, Mittwoch bis Freitag
Termine nach Vereinbarung

Aktuelle Informationen im Internet unter
www.barnim.de

Bankverbindung
Sparkasse Barnim
IBAN: DE31 1705 2000 2310 0000 03
BIC: WELA DE D1 GZE
Gläubiger-ID: DE 66 ZZZ 00000021576

Telefonzentrale
03334 214-0

Postfach
Postfach 100446, 16204 Eberswalde

Die genannte E-Mail-Adresse dient nur
für den Empfang formloser Mitteilungen
ohne digitale Signatur und/oder
Verschlüsselung.

Festsetzungen, die in ihrer Gesamtheit nicht mehr dem Charakter einer Ergänzungssatzung entsprechen, sondern vielmehr einem Bebauungsplan. Hier ist zu überdenken, ob die Anzahl der Festsetzungen und die Fülle der Bebauungsvorschriften nicht eingekürzt werden kann.

2.2 Sachgebiet Landwirtschaft

Ansprechpartnerin ist Frau Herold, Tel. 03334 214-1525

Der Flächenverlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche ist gegeben. Die Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen als Abgrenzung zwischen Feld und Bebauung sind auch aus landwirtschaftlicher Sicht unbedingt empfehlenswert, da sie zusätzlich als Pufferzone vor Staub durch die Bearbeitung der Felder (Ernte, Bodenbearbeitung) aber auch vor vermeintlichen „Umweltgiften“ (Pflanzenschutzmittel, Dünger, etc.) zu den Wohnhäusern dienen.

Des Weiteren ist zu Bedenken, dass eine Zufahrt zum innenliegenden Feld gegeben sein muss. Auch hier ist eine terminliche Absprache mit den Flächennutzern nötig, damit nicht unnötig teure Ressourcen verschwendet werden (Saatgut, Pflanzenschutzmittel, Dünger, Arbeitskräfte, Treibstoff etc.).

2.3 SG Bevölkerungsschutz

Ansprechpartner ist Herr Blankenburg, Tel. 03334 214-1094

Die Gemeinden müssen im Land Brandenburg entsprechend dem Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz § 3 Abs. 1 Nr. 1 eine angemessene Löschwasserversorgung gewährleisten. Diese ist gegeben, wenn die Anforderungen des DVGW-Arbeitsblattes W 405 erfüllt sind. Aufgrund der Art der Bebauung mit Einfamilienhäusern ist eine rechnerische Wasserentnahme von 48 m³/h über 2 Stunden bei der Beantragung zu Bauvorhaben sicherzustellen.

Für Rückfragen und Abstimmungen Ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung:

Brandschutzdienststelle

Hr. Blankenburg,

Tel.: 03334 214 1094,

Email: bevoelkerungsschutz@kvbarnim.de

2.4 Untere Wasserbehörde

Ansprechpartnerin ist Frau Smoljuk, Tel. 03334 214-1516

Generell bestehen gegen die Planung wasserrechtlich und -fachlich keine Bedenken, das Plangebiet liegt nicht in einem Wasserschutzgebiet.

Gemäß § 54 Abs. 4 BbgWG ist Niederschlagswasser zu versickern, soweit eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist und sonstige Belange nicht

entgegenstehen. Eine Beurteilung der Niederschlagsentwässerung am geplanten Standort ist anhand der vorliegenden Unterlagen nicht möglich, da entsprechende Nachweise noch nicht vorliegen.

Aussagen zur Schmutzwasserentsorgung sind nicht enthalten.

2.5 Katasterbehörde

Ansprechpartner ist Herr Bielicke, Tel. 03334 214-1952

Die Unterlagen setzen nicht auf das aktuelle Liegenschaftskataster auf und sollten aktualisiert werden.

2.6 Öffentlich-Rechtliche Entsorgung

Ansprechpartnerin ist Frau Richter, Tel. 03334 214-1500

Der Landkreis Barnim (LK) hat in seiner Eigenschaft als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (örE) dafür zu sorgen, dass die ihm ob-liegenden hoheitlichen Aufgaben aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, dem Brandenburgischen Abfallgesetz, den dazu ergangenen Verordnungen sowie der derzeit gültigen Satzung über die Abfallentsorgung im LK Barnim umgesetzt und durchgeführt werden. Entsprechend § 9 der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Barnim muss jedes Grundstück, auf dem Abfälle anfallen können, an die Abfallentsorgung angeschlossen werden (Anschlusszwang). Im Landkreis Barnim erfolgt die Durchführung der Abfallentsorgung vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger beauftragte Entsorgungsunternehmen mittels 3-achsiger Entsorgungsfahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 26 t.

Die Straße ist so zu errichten, dass die Abfallentsorgung gewährleistet ist. Dazu ist mindestens der Begegnungsfall PKW/ LKW (Straßenbreite geringstenfalls 4,75 m) zu gewährleisten und die Wendeanlage ist entsprechend der RAST 06 für dreiaxlige Entsorgungsfahrzeuge zu bauen.

Endet die Straße als Stichstraße ohne Wendemöglichkeit, müssen die Anwohner dieser Grundstücke ihre Abfallbehälter an der nächsten für Entsorgungsfahrzeuge befahrbaren Straße bereitstellen oder es wird eine Wendemöglichkeit entsprechend der RAST 06 gebaut.

Sollte keine Wendemöglichkeit geschaffen werden, sind am Entsorgungstag die Abfallbehälter entsprechend der Satzung über die Abfallentsorgung im LK Barnim an der nächstmöglichen, von den Entsorgungsfahrzeugen befahrbaren Straße, an einem jeweils herzurichten-den befestigten Stellplatz bereitzustellen. Die Größe des Stellplatzes richtet sich nach der Anzahl und Größe der Abfallbehälter der Anwohner der Stichstraße.

Ist die Abfuhr der Behälter erschwert oder unmöglich, so kann der Landkreis nach § 13 Abs. 6 AES anordnen, dass die Restabfallbehälter an einem Bereitstellungsplatz bereitgestellt werden, an dem die Übernahme ohne besonderen Aufwand erfolgen kann

3 Keine Hinweise und Anregungen


Folgende Ämter und Sachgebiete haben zum geplanten Vorhaben keine Hinweise und Anregungen:

- Untere Naturschutzbehörde
- Untere Denkmalschutzbehörde
- Untere Wasserbehörde
- SG Landwirtschaft
- Untere Jagdbehörde
- SG Bevölkerungsschutz
- Liegenschafts-/Schulverwaltungsamt
- Katasterbehörde
- Verbraucherschutz- und Gesundheitsamt
- Untere Straßenverkehrsbehörde
- Untere Bauaufsichtsbehörde
- Untere Abfallwirtschaftsbehörde
- Untere Bodenschutzbehörde
- Öffentlich-Rechtliche Entsorgung

Durch dieses Schreiben werden die aus anderen Rechtsgründen etwa erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen oder Anzeigen nicht berührt oder ersetzt.

Bei Veränderungen der Angaben, Unterlagen und abgegebenen Erklärungen, die dieser Stellungnahme zugrunde liegen, wird diese ungültig.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag



Julia Hieronimus
Sachbearbeiterin Bauleitplanung



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

W.O.W. Kommunalberatung und
Projektbegleitung GmbH
Louis-Braille-Straße 1
16321 Bernau bei Berlin

Bearb.: Frau Andrea Schuster
Gesch-Z.: LFU-TOEB-
3700/1202+5#197246/2022
Hausruf: +49 355 4991-1303
Fax: +49 33201 442-662
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 10. Juni 2022

**Ergänzungssatzung "Ringstraße Ost" der Stadt Werneuchen, OT Krummen-
see**

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 16.05.2022
- Begründung, 01/2022
- Artenschutzfachbeitrag, 17.01.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft.

Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Eine Stellungnahme aus dem Fachbereich Naturschutz kann aus Kapazitätsgründen nicht erfolgen.

Besucheranschrift:
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke



Zertifikat seit 2021
audit berufundfamilie

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Schuster

Dieses Dokument wurde am 10. Juni 2022 durch Andrea Schuster schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--

Anlage

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Ergänzungssatzung "Ringstraße Ost" Stadt Werneuchen, OT Krummensee
Ansprechpartnerin: Telefon: E-Mail:	Frau Börner 03332 29 108 22 TOEB@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

1. Sachverhalt und Planungsziel

Entlang der bisher unbebauten östlichen Seite der Ringstraße soll durch die Ergänzungssatzung nach § 34 Abs.4 Nr. 3 BauGB (Gemarkung Krummensee, Flur 3, Flurstücke 509,526) Baurecht für Errichtung von 13 Wohnhäusern geschaffen werden.

Der vorliegende Entwurf setzt hierfür das Maß der baulichen Nutzung und die Zulässigkeit der Bauweise nur für Einzelhäuser fest.

Die Art der baulichen Nutzung im Zusammenhang mit einem Baugebiet der BauNVO wurde nicht in die Festsetzungen aufgenommen.

Der Flächennutzungsplan beinhaltet für die Fläche die Darstellung einer Fläche für Landwirtschaft.

2. Stellungnahme

2.1 Rechtsgrundlagen

Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen

Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)¹ sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können durch die Emissionen ausgehender Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht und ähnliche Erscheinungen hervorgerufen werden.

Hinweise zur Berücksichtigung des Schallschutzes bei der Städtebaulichen Planung gibt die DIN 18005 Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“.

Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).

¹Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. September 2021 (BGBl. I S. 4458)

Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

Anforderungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen u.a. mit Pflichten der Betreiber von Anlagen sind in den §§ 3, 5, 22 und § 66 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz für genehmigungsbedürftige und nicht genehmigungsbedürftige Anlagen, in den Verordnungen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wie der 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung)², 18. BImSchV (Sportanlagenlärmschutzverordnung)³, der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm)⁴ und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)⁵ geregelt. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie⁶ ermittelt.

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm –Geräuschimmissionen (AVV-Baulärm)⁷ gilt für den Betrieb von Baumaschinen auf Baustellen und beinhaltet Bestimmungen zur Anordnung von Immissionsrichtwerten zum Schutz der Nachbarschaft.

Für den Schutz in Gebäuden legt die DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ mit den Berechnungsverfahren die Anforderungen an die Schalldämmung der Bauteile fest.

2.2 Immissionssituation – Schutzanspruch

2.2.1 Umfeld

Hierzu verweise ich auf die bestehende Situation durch die Einwirkungen der Geräuschimmissionen und durch Schattenwurf, welche durch die Standorte der Windenergieanlagen hervorgerufen werden.

Im Landesamt für Umwelt liegen Erkenntnisse aus den Genehmigungsverfahren vor.

Relevant sind die Geräuschimmissionen. Danach können im ungünstigsten Fall Geräuschimmissionen von < 43 dB(A) wirken. Die von den Anlagen ausgehenden Geräuschemissionen sind jedoch im Geltungsbereich des Satzungsgebietes, im Sinne der Beurteilung nach der TA-Lärm i.V. mit dem WKA-Geräuschimmissionserlass⁸ nicht als schädliche Umwelteinwirkung zu bewerten.

Die derzeitige Situation wurde unter Pkt. 2.2 und Pkt. 6.2 beschrieben. Im Landesamt für Umwelt liegen keine Erkenntnisse zu schädlichen Umwelteinwirkungen von Anlagen, die dem Anwendungsbereich des BImSchG unterliegen vor.

Der Geltungsbereich stellt sich auch nicht unter Berücksichtigung der vorhandenen Situation als heranrückende schutzbedürftige Bebauung dar.

Der Geltungsbereich befindet sich nicht in einem Bereich einer Anlage mit Betriebsbereich im Sinne

² Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV) vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2020 (BGBl. I S. 2334)

³ Achtzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Sportanlagenlärmschutzverordnung – 18.BImSchV vom 8.Oktober 2021 (BGBl. S. 4644)

⁴ Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI. S. 503), zuletzt geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift vom 1. Juni 2017 (BANz AT 08.06.2017 B5)

⁵ Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 18. August 2021 (GMBI. S. 1050)

⁶ Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 (ABl. S. 691), zuletzt geändert durch Erlass vom 17. September 2021 (ABl. S. 779)

⁷ Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV Baulärm) vom 19. August 1970 (BANz. Nr. 160 vom 01.09.1970)

⁸ Anforderungen an die Geräuschimmissionsprognose und die Nachweismessung von Windkraftanlagen (WKA) - (WKA-Geräuschimmissionserlass) -

Erlass des Abteilungsleiters 5 des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft vom 16. Januar 2019
Immissionsschutz

von § 3 Abs. 5a) BImSchG, der eine weitergehende Betrachtung von Auswirkungen durch schwere Unfälle nach § 50 BImSchG erfordert.

2.2.2 Schutzanspruch

Mit der Festsetzung der Art der baulichen Nutzung sind Erwartungen zum Schutzanspruch verbunden. In den nachfolgenden Genehmigungsverfahren (z.B. für technischen Anlagen wie Wärmepumpen) ergeben sich u.a. hieraus die Anforderungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche auf Grundlage der TA Lärm. Unter Pkt. 6.2 wurde die Prägung des Gebietes als allgemeines Wohngebiet beschrieben.

Da die Festsetzung der Art der baulichen Nutzung nicht vorgesehen ist vorgesehen, wird empfohlen die Erwartungen zum Schutz der Nutzung darzulegen. Hierzu verweise ich auf die bestehende Situation der Geräuscheinwirkungen. Die wirkenden Beurteilungspegel $< 43 \text{ dB(A)}$ sind gegenüber einem allgemeinen Wohngebiet, das an den Außenbereich angrenzt zumutbar.

3. Fazit

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen zur vorliegenden Planung keine Bedenken. Den Voraussetzungen für die Ergänzungssatzungen nach § 34 Abs. 5 BauGB stehen immissionsschutzrechtliche Belange nicht entgegen.

Den Ausführungen der vorliegenden Unterlagen unter Pkt. 6.2 kann gefolgt werden. Empfohlen wird jedoch im Rahmen der Abwägung die Vorbelastung durch Geräuschemissionen von $< 43 \text{ dB(A)}$ zu berücksichtigen und die Erwartungen zum Schutzanspruch darzulegen.

4. Hinweis

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung und die Zusendung der digitalen Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen, der Legende und der Verfahrensleiste gebeten.

Dieses Dokument wurde am 9. Juni 2022 durch Katrin Börner schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Stellungnahmen aus der Beteiligung der
Träger öffentlicher Belange im Rahmen
des Bebauungsplanverfahrens
„Ringstraße Ost II“



**Landkreis
Barnim**

Paul-Wunderlich-Haus • Am Markt 1 • 16225 Eberswalde

W.O.W. Kommunalberatung und
Projektbegleitung GmbH
Louis-Braille-Straße 1
16321 Bernau bei Berlin

STELLUNGNAHME DES LANDKREISES BARNIM ALS TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

**Stadt Werneuchen
Bebauungsplan „Ringstraße Ost II“ Werneuchen,
OT Krummensee
Entwurf
Anschreiben vom 19.12.2022**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beteiligung zum o.g. Vorhaben danken wir.

I fachbehördliche Stellungnahme

**1 Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund
fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung,
Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht
überwunden werden können (Einwendung,
Rechtsgrundlage, Möglichkeiten der Überwindung):**

1.1 Untere Naturschutzbehörde

Ansprechpartner ist Herr Pächtnatz, Tel. 03334 214-1582

▪ Insektenfreundliche Beleuchtung

Im Jahr 2023 wird § 41a Bundesnaturschutzgesetz in Kraft treten. Folgende Ergänzungen zum Insektenschutz sollten daher in den Bebauungsplan aufgenommen werden:

Sofern Außenbeleuchtung angebracht werden soll, wird die Verwendung von insektenfreundlichen Leuchtmitteln festgesetzt. Als insektenfreundliche Leuchtmittel gelten Lampenkörper mit einer geringen Abstrahlungsgeometrie (max.

Der Landrat

**Bauordnungs- und
Planungsamt**

Paul-Wunderlich-Haus
Am Markt 1
16225 Eberswalde
Bearbeiter/-in Julia Hieronimus
Raum 102.3
Telefon 03334 214 1707
Telefax 03334 214 2707
1707@kvbarnim.de

11. Januar 2023

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
70526-2022-07

Sprechzeiten der Kreisverwaltung
Dienstag 9 bis 18 Uhr
Montag, Mittwoch bis Freitag
Termine nach Vereinbarung

Aktuelle Informationen im Internet unter
www.barnim.de

Bankverbindung
Sparkasse Barnim
IBAN: DE31 1705 2000 2310 0000 03
BIC: WELA DE D1 GZE
Gläubiger-ID: DE 66 ZZZ 00000021576

Telefonzentrale
03334 214-0

Postfach
Postfach 100446, 16204 Eberswalde

Die genannte E-Mail-Adresse dient nur
für den Empfang formloser Mitteilungen
ohne digitale Signatur und/oder
Verschlüsselung.

80° Abstrahlwinkel, nach oben abgeschirmt), mit warm-weißen LED-Lampen (max. 3000 Kelvin) mit Blau- und UV- Filtern.

Der Abstrahlungswinkel ist so herzustellen, dass eine Beleuchtung über die Objektgrenze hinweg weitestgehend ausgeschlossen werden kann. Weiterhin ist die Lichtanlage mit einer stufenweisen Nachtabsenkung der Leuchtstärke zu versehen (z.B. ab 22Uhr auf 50%, ab 0Uhr auf 30%, ab 4Uhr auf 50%) oder wenn möglich, mit einer Nachtabstaltung zwischen 0 Uhr und 4 Uhr.

Künstliches Licht hat vielfältige nachteilige Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und die Sichtbarkeit des natürlichen Nachthimmels. Der neue Paragraf 41 a des Bundesnaturschutzgesetzes dient dem Schutz von Tieren und Pflanzen vor nachteiligen Auswirkungen durch Beleuchtungen.

Gemäß § 41a BNatSchG sind u.a. beleuchtete oder lichtemittierende Werbeanlagen technisch und konstruktiv so anzubringen, mit Leuchtmitteln zu versehen und so zu betreiben, dass Tiere und Pflanzen wildlebender Arten vor nachteiligen Auswirkungen durch Lichtemissionen geschützt werden. Im Absatz 2 des § 41a BNatSchG wird die Behörde befähigt, die für die Zulassung der Beleuchtung zuständig ist, nach Art und Umfang der Beleuchtung konstruktive oder technische Schutzmaßnahmen anzuordnen.

- Rechtsgrundlagen: §§ 41a, 44 BNatSchG
- Möglichkeiten der Überwindung: Überarbeitung der Planunterlagen

2 Hinweise und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem Vorhaben, gegliedert nach Sachkomplexen:

2.1 Bauordnungs- und Planungsamt, SG Planung

Ansprechpartnerin ist Frau Hieronimus, Tel. 03334 214-1707

In der Planzeichnung ist eine öffentliche Verkehrsfläche enthalten. Im Begründungstext wird darauf hingewiesen, dass im Bebauungsplanverfahren parallel zur Fahrbahn dort ein Fußweg entstehen soll. Sollte es sich dabei um die öffentliche Verkehrsfläche handeln, ist dies in der Planzeichnung als Zweckbestimmung zu ergänzen.

2.2 SG Landwirtschaft

Ansprechpartnerin ist Frau Herold, Tel. 03334 214-1525

Aus landwirtschaftlicher Sicht kann diesem Vorhaben nicht zugestimmt werden, da hier landwirtschaftliche Nutzfläche von 1,3 ha versiegelt wird. Im Speckgürtel von Berlin geht damit Fläche zur Erzeugung von Lebensmitteln verloren.

Uns ist natürlich bewusst, dass in diesem Bereich Baugebiete begehrt sind. Daher sollte bei der Planung und Umsetzung die Anlage der Hecken bzw. Baumreihe zur Ackerfläche unbedingt gefordert werden, da sie als Pufferzone vor Staub durch die Bearbeitung der Felder (Ernte, Bodenbearbeitung) aber auch vor vermeintlichen „Umweltgiften“ (Pflanzenschutzmittel, Dünger, etc.) zu den Wohnhäusern dient.

Des Weiteren ist es empfehlenswert, hinter den Hausgärten einen Grünstreifen (Ackerschlag mit Ackergras oder Blühstreifen) durch den bewirtschafteten Betrieb anlegen zu lassen. Dadurch kann ein weiterer Pufferstreifen geschaffen werden. So können Konflikte vermieden werden, welche durch intensive Bewirtschaftungsmaßnahmen (Düngen, Bodenbearbeitung, Pflanzenschutz, Ernte) an den Grundstücksgrenzen kommen können.

In Bezug auf die Baumaßnahmen ist eine terminliche Absprache mit den Flächennutzern nötig, damit nicht unnötig teure Ressourcen verschwendet werden (Saatgut, Pflanzenschutzmittel, Dünger, Arbeitskräfte, Diesel...).

2.3 Öffentlich-Rechtliche Entsorgung

Ansprechpartnerin ist Frau Richter, Tel. 03334 214-1500

Der Landkreis Barnim (LK) hat in seiner Eigenschaft als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (örE) dafür zu sorgen, dass die ihm obliegenden hoheitlichen Aufgaben aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz, dem Brandenburgischen Abfallgesetz, den dazu ergangenen Verordnungen sowie der derzeit gültigen Satzung über die Abfallentsorgung im LK Barnim umgesetzt und durchgeführt werden.

Entsprechend § 9 der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Barnim muss jedes Grundstück, auf dem Abfälle anfallen können, an die Abfallentsorgung angeschlossen werden (Anschlusszwang). Im Landkreis Barnim erfolgt die Durchführung der Abfallentsorgung vom öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger beauftragte Entsorgungsunternehmen mittels 3-achsiger Entsorgungsfahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 26 t.

3 Keine Hinweise und Anregungen

Folgende Ämter und Sachgebiete haben zum geplanten Vorhaben keine Hinweise und Anregungen:

- Untere Denkmalschutzbehörde
- Untere Wasserbehörde
- Liegenschafts- und Schulverwaltungsamt
- Verbraucherschutz- und Gesundheitsamt
- SG Bevölkerungsschutz
- Katasterbehörde
- Untere Jagdbehörde
- Untere Bauaufsichtsbehörde
- Untere Straßenbaubehörde

- Untere Straßenverkehrsbehörde
- Untere Abfallwirtschaftsbehörde
- Untere Bodenschutzbehörde

Freundliche Grüße
im Auftrag



Julia Hieronimus
Sachbearbeiterin Bauleitplanung



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

W.O.W. Kommunalberatung und Projektbeglei-
tung GmbH
Louis-Braille-Straße 1
16321 Bernau bei Berlin

Bearb.: Frau Andrea Schuster
Gesch-Z.: LFU-TOEB-
3700/261+77#26010/2023
Hausruf: +49 355 4991-1303
Fax: +49 33201 442-662
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 18. Januar 2023

Bebauungsplan "Ringstraße Ost II" der Stadt Werneuchen

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 19.12.2022
- Begründung mit Umweltbericht, 10/2022
- Planzeichnung, 10/2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft.

Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim.

Besucheranschrift:
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke



Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Schuster

Dieses Dokument wurde am 18. Januar 2023 durch Andrea Schuster schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--

Anlage

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB) Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan "Ringstraße Ost II" Stadt Werneuchen
Ansprechpartnerin: Referat: Telefon: E-Mail:	Frau Börner T22 03332 29 108 22 TOEB@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

b) Rechtsgrundlage

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Fachliche Stellungnahme



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

1. Planungsziel

Ziel der Planung ist, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine straßenbegleitende Wohnbebauung zu schaffen. Hierfür setzt der vorliegende Planentwurf ein allgemeines Wohngebiet fest.

2. Stellungnahme

2.1. Rechtliche Grundlagen

Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen

Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)¹ sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden.

Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können durch die Emissionen ausgehender Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht und ähnliche Erscheinungen hervorgerufen werden. Hinweise zur Berücksichtigung des Schallschutzes bei der Städtebaulichen Planung gibt die DIN 18005 Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“.

Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

Anforderungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen u.a. mit Pflichten der Betreiber von nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen sind in den §§ 3, 22 und § 66 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz, in den Verordnungen zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes wie der 16. BImSchV (Verkehrslärmschutzverordnung)², der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm)³ und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)⁴ geregelt. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie⁵ ermittelt und bewertet. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen (AVV-Baulärm)⁶ gilt für den Betrieb von Baumaschinen auf Baustellen und beinhaltet Bestimmungen zur Anordnung von Immissionsrichtwerten zum Schutz der Nachbarschaft.

3. Immissionsschutz

In den vorliegenden Unterlagen wurden unter Pkt. 4.7 –Immissionsschutz der Begründung die immissionsschutzrechtlichen Belange ausreichend berücksichtigt.

4. Fazit

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen zur vorliegenden Planung keine Bedenken.

5. Mitteilung - Abwägung

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit.

¹ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792)

² Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV) vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2020 (BGBl. I S. 2334)

³ Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI. S. 503), zuletzt geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift vom 1. Juni 2017 (BANz AT 08.06.2017 B5)

⁴ Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 18. August 2021 (GMBI. S. 1050)

⁵ Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014 (ABl. S. 691), zuletzt geändert durch Erlass vom 17. September 2021 (ABl. S. 779)

⁶ Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV Baulärm) vom 19. August 1970 (BANz. Nr. 160 vom 01.09.1970)

Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung und die Zusendung der digitalen Planzeichnung mit den textlichen Festsetzungen, der Legende und der Verfahrensleiste an die E-Mail: TOEB@LfU.Brandenburg.de gebeten.

Dieses Dokument wurde am 17. Januar 2023 durch Katrin Börner schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.